

Klimagipfel im Schatten der Schuldenkrise

Dreitägiges Treffen in Bonn soll Weichen im Kampf gegen die globale Erwärmung stellen

HAMBURG :: Am Sonntag beginnt in Bonn der Petersberger Klimadialog, an dem Regierungsvertreter aus 45 Staaten teilnehmen. Überschattet wird das Treffen von den Nothilfen für Griechenland. Noch ist kaum abzuschätzen, wie teuer die Rettung des Mittelmeeres die Europäische Union und insbesondere Deutschland und insbesondere Deutschland zu stehen kommt. Sicher ist nur, dass das Geld für die Milliardenunterstützung an anderer Stelle fehlen wird.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will dennoch an den ehrgeizigen Klimaschutzziele festhalten. „Der weltweite Kampf gegen den Klimawandel muss oberste Priorität behalten“, hieß es in einer Erklärung von Merkel, OECD, WTO, ILO, IWF und Weltbank.

Beim anstehenden Klimadialog wird zu beobachten sein, welche Priorität der globale Klimaschutz für die Bundesregierung tatsächlich hat. Das Treffen soll dazu dienen, in einem informellen Rahmen die nächsten Schritte auf dem Weg zum Uno-Klimagipfel Ende des Jahres im mexikanischen Cancún, der Folgekonferenz von Kopenhagen, zu besprechen. Am Rande des Gipfels wollen auch Kanzlerin Merkel und Außenminister Guido Westerwelle (FDP) mit den Gästen sprechen.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) will sich als Gastgeber dafür starkmachen, „dass die EU-Staaten ihren Kohlendioxid-Ausstoß bis 2020 um 30 Prozent senken“. Auch soll noch in diesem Jahr ein Abkommen beschlossen werden, das die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius begrenzt.

Unterstützung bekam Röttgen am Donnerstag vom Wissenschaftlichen Klima-Beirat der Bundesregierung. In einer Empfehlung hieß es, die EU solle bis 2020 ihren Treibhausgasausstoß um 30 Prozent senken. (HA)

Deutsche bewerten Griechenlandkrise als hausgemacht

BERLIN :: Äußere Umstände oder das Wirken von Rating-Agenturen und Spekulanten lassen die Bundesbürger nicht als Entschuldigung für die Griechenland-Krise gelten. Die Hauptschuld an der Finanzkrise tragen nach Ansicht der Mehrheit der Deutschen die Griechen selbst. So sehen das nach einer Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Emnid jüngst für den Nachrichtensender N24 durchgeführt hat, 59 Prozent der Bürger. 13 Prozent sehen ein Versagen der Banken als ursächlich an; elf Prozent bestätigen den europäischen Politikern, versagt zu haben. Dahingegen halten nur neun Prozent die Spekulanten für die Schuldigen in der Griechenlandkrise.

Mit Blick auf die Diskussion rund um die Hilfskredite wünschen sich 62 Prozent eine Beteiligung der Banken an der Rettung des Landes. 76 Prozent sind nicht davon überzeugt, dass es den Griechen gelingen wird, ihre Schulden zurückzahlen. Nur 19 Prozent glauben, Athen werde die Kredite auch wieder begleichen. (HA)

Champagnerhersteller sehen Absatzprobleme überwunden

REIMS :: Unberührt von den gegenwärtigen Turbulenzen des Euro sehen sich die Champagnerhersteller wieder im Aufwind. Nach einem kräftigen Absatzrückgang durch die Wirtschaftskrise seien die Verkäufe im ersten Quartal 2010 um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen, teilte der Dachverband der Champagnerwinzer (CIVC) in Reims mit. Damit verzeichne die Branche seit sechs Monaten wieder steigende Absatzzahlen. Im vergangenen Jahr hatten die Champagnerhersteller nur noch 293,3 Millionen Flaschen verkauft – neun Prozent weniger als 2008.

„Langsam, aber sicher“ erhole sich die Branche wieder, sagte CIVC-Sprecher Daniel Lorson. Dabei komme der stärkste Nachfrageschub aus Ländern von außerhalb Europas: Hier seien die Verkäufe im ersten Quartal um 57 Prozent gestiegen. Bei den EU-Ländern seien es 25 Prozent gewesen, während in Frankreich nur ein Plus von fünf Prozent verbucht worden sei. (AFP)

„Solidarität ist das Gebot der Stunde“

EU-Kommissionspräsident **José Manuel Barroso** über Hilfen für Griechenland, Pläne zur Energiebesteuerung und den deutschen Kommissar Oettinger



José Manuel Barroso, 54, beim Abendblatt-Fototermin im 13. Stock des Berlaymont-Gebäudes in Brüssel. Hier ist auch das Büro des früheren portugiesischen Ministerpräsidenten, der seit 2004 an der Spitze der Europäischen Kommission steht. Fotos: Marcus Gloger

JOCHEN GAUGELE

BRÜSSEL :: José Manuel Barroso zeigt im Abendblatt-Interview wenig Verständnis für Zögerlichkeit, wenn es um Hilfen für Griechenland geht. Der Präsident der EU-Kommission vertraut darauf, dass Athen die Milliarden-Kredite zurückzahlen würde.

Hamburger Abendblatt: Herr Präsident, der Hamburger Hafen leidet besonders unter der Wirtschaftskrise. Kann die EU helfen?

José Manuel Barroso: Die jüngsten Zahlen widersprechen Ihrer pessimistischen Bewertung. Das Volumen der Seefracht im Hamburger Hafen ist im Januar auf 9,2 Millionen Tonnen gestiegen. Das ist ein Zuwachs von 3,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Den Hafen habe ich übrigens vor einigen Jahren besucht ...

... und welchen Eindruck gewonnen?

Es war eine praktische Lehrstunde in Globalisierung. Ich habe beobachtet, wie diese riesigen Schiffe mit ihren Containern ein- und auslaufen. Großartig! Ich möchte gerne wieder nach Hamburg kommen, wenn es meine Zeit erlaubt. Und wenn Sie fragen, wie der Hansestadt in der Wirtschaftskrise geholfen werden kann – das ist ganz einfach.

Verraten Sie es.

Wir müssen Europa offen halten und jeder Versuchung des Protektionismus widerstehen. Die Ausfuhren der EU nach China haben zu Jahresbeginn um 49 Prozent zugenommen. Das ist gut für Hamburg und seinen Hafen.

Was bedeutet die Schuldenkrise in Griechenland für die Hansestadt?

Wir sind voneinander abhängig. Die Situation in Griechenland hat Auswirkungen auf den Euro und andere Staaten der Währungsunion.

Die Regierung in Athen verlangt mehr als 130 Milliarden Euro. Müssen die Europäer tatsächlich zahlen?

Die Euro-Mitgliedstaaten haben sich für entschlossenes und koordiniertes Handeln entschieden, falls dies nötig ist, um Schlimmeres abzuwenden und um die Stabilität der Eurozone insgesamt zu sichern. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo dieser Verpflichtung Taten folgen müssen. Die Bundesregierung – wie auch alle anderen Regierung-

gen – ist sich dessen bewusst und handelt im Einklang mit den eingegangenen Verpflichtungen.

Ökonomen werten Milliardenkredite für Griechenland als Freibrief zum Schuldenmachen ...

Griechenland muss sich sehr anstrengen, um seine Staatsfinanzen wieder in den Griff zu bekommen. Die koordinierten bilateralen Kredite werden deshalb an strenge Bedingungen geknüpft. Sie werden Griechenland dabei helfen, zurück zu haushaltspolitischer Tugend zu kommen. Die Euro-Staaten werden nicht die Arbeit für Griechenland erledigen.

Können Sie verstehen, dass die Deutschen ihre Rolle als Zahlmeister Europas satt haben?

Ganz klar: Es geht hier nicht um Finanztransfers oder Subventionen. Es geht um koordinierte bilaterale Kredite, die Griechenland wieder zurückzahlen muss.

Glauben Sie daran?

Wir haften nicht für die Schulden Griechenlands, sondern unterstützen die griechischen Anstrengungen, sodass die Märkte wieder Vertrauen fassen, Griechenland zahlungsfähig bleibt und seinen Haushalt erfolgreich konsolidiert. Dies ist gerade auch im Interesse Deutschlands, das eng mit Griechen-

land verflochten ist. Gemeinsame Verantwortung für die Stabilität der Eurozone und Solidarität untereinander gehen Hand in Hand. Die Unterstützung für Griechenland erfolgt im Übrigen durch alle Mitgliedstaaten der Eurozone, auch diejenigen, die weniger haushaltspolitischen Spielraum als Deutschland haben.

Was unternimmt die EU, um sich gegen Staatspleiten zu wappnen? Wir wollen das Steuerungssystem in der Euro-Zone stärken. Konkrete Vorschläge wird die Kommission im Mai vorlegen. Drei Aspekte sind dabei besonders wichtig ...

... die wären?

Wir müssen den Euro-Stabilitätspakt stärken, einen Mechanismus zum Krisenmanagement etablieren und die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten strenger überwachen.

Streben Sie eine europäische Wirtschaftsregierung an?

Wir wollen keine Regierung über den nationalen Regierungen errichten. Es geht uns nicht darum, Kompetenzen der Mitgliedstaaten auf die europäische Ebene zu übertragen. Uns geht es um eine effektivere Wirtschaftspolitik. Dazu brauchen wir ein höheres Maß an Koordinierung und Steuerung.

Kanzlerin Merkel ist dafür, Länder mit unsolider Haushaltspolitik aus der Währungsunion auszuschließen. Was spricht eigentlich dagegen?

Die europäischen Verträge sehen diese Möglichkeit nicht vor, und wir sollten sie auch nicht ändern. Das Problem bisher waren nicht die Regeln, sondern deren Einhaltung. Unser Ziel muss sein, dass sich alle Mitglieder der Eurozone an die Regeln halten. Das kann gelingen, ohne mit Ausschluss zu drohen. Verantwortungsvolles, solidarisches Verhalten ist das Gebot der Stunde.

Herr Barroso, seit der ernüchternden Kopenhagen-Konferenz ist kaum mehr die Rede von einem weltweiten Klimaabkommen. Glauben Sie noch daran?

Kopenhagen ist hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben. Aber es wäre ein Fehler, wenn Deutschland und die anderen Mitgliedstaaten sich nun weniger anstrengen würden. China und die USA investieren massiv in Umwelttechnologien und erneuerbare Energien. Die Europäer müssen alles tun, um Vorreiter beim Klimaschutz zu bleiben.

Was versprechen Sie sich von der internationalen Konferenz an diesem Wochenende in Bonn? Kann in Deutschland gelingen, was in Dänemark gescheitert ist?

Lassen Sie mich zunächst Bundeskanzlerin Merkel zu dieser Initiative beglückwünschen. Der Petersberger Klimadialog kann politische Orientierung bieten für die Uno-Klimaverhandlungen. Wir müssen auf dem in Kopenhagen Erreichten aufbauen und Lücken füllen. Bis zum Klimagipfel am Jahresende in Cancún müssen alle Stücke zusammengesetzt werden, sodass ein echter Fortschritt möglich wird. Wir brauchen mehr Pragmatismus und konkretere Verpflichtungen. Die Kommission trägt aktiv dazu bei, die internationalen Klimaverhandlungen wiederzubeleben ...

Gilt das auch für die Entsorgungsfrage? In keinem Land der Welt gibt es ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle.

Die Kommission hat das Recht und die Pflicht, die Mitgliedstaaten zur Einhaltung von nuklearen Sicherheitsstandards anzuhalten. Dabei ist es außerordentlich wichtig, europäische Sicherheitsstandards für Atomkraft-Endlager zu schaffen. Bau und Betrieb sollten nach gemeinsamen Regeln erfolgen. Die Kommission wird in der zweiten Jahreshälfte eine entsprechende Richtlinie vorlegen.

Eignet sich der Salzstock im niedersächsischen Gorleben als Endlager?

Das will ich nicht beurteilen. Bundespräsident Köhler hat sich aus ökologischen Gründen für höhere Benzinpreise ausgesprochen – und ist scharf kritisiert worden. Verteidigen Sie ihn? Schauen Sie: Die Äußerungen von Staatsoberhäuptern pflege ich für ge-

mehr zu rechnen. Wenn wir in Bonn gute Vorarbeit leisten, kann der Gipfel in Cancún zu einem ersten Meilenstein werden.

Zweifelhafte Studien des Weltklimarats haben jene gestärkt, die bestreiten, dass der Mensch für den Klimawandel verantwortlich ist. Welchen Schaden haben die Wissenschaftler angerichtet? Ich habe mein Vertrauen in die Wissenschaft nicht verloren. Bei allen Unter-

schieden im Detail gibt es einen wissenschaftlichen Konsens, dass der Mensch den Klimawandel maßgeblich beeinflusst. Daraus leitet sich die Verantwortung der ganzen Welt ab: Wir müssen jetzt handeln, damit wir Ergebnisse im Kampf gegen die Erderwärmung erzielen.

In Europa wird unglaublich viel Energie verschwendet – denken Sie nur an Klimaanlagen.

Als Verbraucher würde ich natürlich widersprechen. Aber wir müssen sorgsam mit unseren Ressourcen umgehen. Viele sind endlich, und wir haben eine Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen. In Europa und der Welt wird unglaublich viel Energie verschwendet – in Unternehmen wie in privaten Haushalten. Denken Sie nur an Klimaanlagen. Oft werden Räume im Sommer so weit heruntergekühlt, dass man friert. Energiesparen ist die effizienteste Art, unsere Klimaziele zu erreichen. Wir brauchen deshalb neue Anreize. Eine Möglichkeit ist, die Verbraucher über die Preisstruktur zum Energiesparen zu ermutigen.

Wie teuer soll Energie werden? Wir müssen realistisch bleiben. Wir dürfen die Verbraucher nicht überfordern. Und wir können uns auch keine Wettbewerbsnachteile erlauben, indem wir einseitig Energie verteuern. Theoretisch müsste Energie einen höheren Preis haben, damit wir weniger fossile Energien verwenden. Eine dauerhafte Lösung kann aber nur gemeinsam mit unseren globalen Partnern gefunden werden.

Wie hat sich eigentlich der deutsche Energiekommissar Günther Oettinger in Brüssel eingelebt? Ich bin sehr zufrieden mit Herrn Oettinger. Die Vielfalt der Kommission ist eine ihrer Stärken. Günther Oettinger ist ein relativ neues Mitglied, und er hat in der kurzen Zeit den Respekt aller Kollegen erworben. In seinen Beiträgen ist er klar, intellektuell präzise und sehr ehrlich. Und er zeigt, dass er als ehemaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg über große Kenntnis in Wirtschaftsfragen verfügt.

In welcher Sprache unterhalten Sie sich? (lacht) Mein Deutsch ist nicht so gut. Wir sprechen deshalb Englisch.

Und Sie verstehen ihn? Ja, sicher.

Was schwebt Ihnen vor? Wir befassen uns mit der Besteuerung von Energie. Wir müssen uns der Frage nähern, wie die Mitgliedstaaten Produkte und Dienstleistungen besteuern, die die Umwelt verschmutzen und Energie verschwenden. Dabei geht es uns nicht um eine EU-Steuer.

Was sagen also: Energie ist zu billig. Als Verbraucher würde ich natürlich widersprechen. Aber wir müssen sorgsam mit unseren Ressourcen umgehen. Viele sind endlich, und wir haben eine Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen. In Europa und der Welt wird unglaublich viel Energie verschwendet – in Unternehmen wie in privaten Haushalten. Denken Sie nur an Klimaanlagen. Oft werden Räume im Sommer so weit heruntergekühlt, dass man friert. Energiesparen ist die effizienteste Art, unsere Klimaziele zu erreichen. Wir brauchen deshalb neue Anreize. Eine Möglichkeit ist, die Verbraucher über die Preisstruktur zum Energiesparen zu ermutigen.

Wie teuer soll Energie werden? Wir müssen realistisch bleiben. Wir dürfen die Verbraucher nicht überfordern. Und wir können uns auch keine Wettbewerbsnachteile erlauben, indem wir einseitig Energie verteuern. Theoretisch müsste Energie einen höheren Preis haben, damit wir weniger fossile Energien verwenden. Eine dauerhafte Lösung kann aber nur gemeinsam mit unseren globalen Partnern gefunden werden.